Stenographisches Protokoll.

4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

V. Gesetzgebungsperiode. **Freitag, 18. Jänner 1946.**

Inhalt.

1. **Personalien.**
   Angelobung des Abg. Ninaus (Ersatzmann für Rückl) (S. 49).
   Krankmeldung des Abg. Wendl (S. 49).
2. **Rechnungshof.**
   Vorlage des Tätigkeitsberichtes (23 d. B.) — Zuweisung an den Rechnungshofausschuß (S. 49).
3. **Verhandlungen.**
   a) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (6 d. B.): Zweite Behörden - Überleitungsgesetz - Novelle (15 d. B.).
   Berichterstatter Abg. Dr. Pernter (S. 50); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 50).
   b) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (7 d. B.): 1. Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle (16 d. B.).
   Berichterstatter Abg. Dr. Häuslmayer (S. 50); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 50).
   c) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (8 d. B.): 1. Staatsbürgerschafts - Überleitungsgesetznovelle (17 d. B.).
   Berichterstatter Dr. Häuslmayer (S. 51); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 51).
   d) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (9 d. B.): 2. Staatsbürgerschafts - Überleitungsgesetznovelle (18 d. B.).
   Berichterstatter Abg. Dr. Häuslmayer (S. 51); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 51).
   e) Bericht des Ausschusses für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung über die Regierungsvorlage (10 d. B.), betreffend die Aufhebung des Repatriierungsgesetzes (19 d. B.).
   Berichterstatter Abg. Ing. Kottulinsky (S. 52); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 52).
   f) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (12 d. B.), betreffend die Aufhebung der Vorschriften über die Rechtsverhältnisse demobilisierter Angehöriger der ehemaligen deutschen Wehrmacht (20 d. B.).
   Berichterstatter Abg. Winterer (S. 52 und 55); Redner Abg. Honner (S. 52); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 57).
   g) Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (14 d. B.): Rechtsanwendungsgesetz (21 d. B.).
   Berichterstatter Abg. Dr. Pernter (S. 57); Annahme des Gesetzentwurfes in zweiter und dritter Lesung (S. 58).
4. **Ausschüsse.**
   Zuweisung der Anträge 1/A und 2/A an den Ausschuß für Handel und Wiederaufbau (S. 58).
   Bekanntgabe des Ergebnisses der Konstituierung der Ausschüsse (S. 58).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15 Minuten.

Vorsitzender: Präsident **Kunschak.**

Schriftführer: **Grubhofer,** Rosa **Jochmann.**

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Der Herr Abg. Ninaus ist zum erstenmal im Hause erschienen. Ich lade ihn ein, die Angelobung zu leisten, und bitte den Herrn Schriftführer Grubhofer, die Angelobungsformel zu verlesen. Den Herrn Abg. Ninaus ersuche ich, die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

(Schriftführer Grubhofer verliest die Angelobungsformel. — Abg. Ninaus leistet die Angelobung.)

Der Herr Abg. Wendl hat sich krank gemeldet.

Eingelangt ist der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, den ich dem Rechnungshofausschuß zuweise.

Wir gelangen zur Tagesordnung. Infolge der Kürze der Zeit war es nicht möglich, die schriftlichen Berichte aufzulegen, wie es § 38 B der Geschäftsordnung vorsieht. Das Haus kann jedoch mit Zweidrittelmehrheit beschließen, daß auf die 24stündige Auflegefrist verzichtet wird. Ich bitte jene Frauen und Herren, die meinem Vorschlag, von der 24stündigen Auflegefrist abzusehen, zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Haus hat diesem meinen Antrag einhellig zugestimmt.

Wir kommen nun zum 1. Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (6 d. B.): Bundesgesetz, womit das Behörden-Überleitungsgesetz vom 20. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 94, abgeändert wird (2. Behörden - Überleitungsgesetz- Novelle) (15 d. B.).

Ich bitte den Herrn Abg. Dr. Pernter, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Dr. **Pernter:** Der Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 16. Jänner 1946 die Regierungsvorlage, 6 der Beilagen, in Verhandlung genommen.

Die Anwendung des Behörden-Überleitungsgesetzes vom 20. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 94, wurde von der Alliierten Kommission in ihrer Sitzung vom 30. November 1945 nur unter gewissen Vorbehalten genehmigt. So wurde die Entfernung jedes Hinweises militärischer Art aus dem Texte des Gesetzes verlangt. Ebenso waren aus dem angeführten Gesetze alle Verfügungen zu entfernen, die sich auf die Ausübung von Propaganda und Zensur beziehen oder eine Regelung der Kontrolle des Eigentums deutscher Staatsbürger darstellen.

Diesen Wünschen, die einen bindenden Auftrag an die österreichischen Behörden darstellen, trägt der vorliegende Gesetzentwurf vollständig Rechnung.

Der Verfassungsausschuß hat den Gesetzesentwurf einhellig angenommen und beantragt:

Der Nationalrat wolle der Regierungsvorlage, 6 der Beilagen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Gesetzentwurf samt Titel und Eingang die Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Hohe Haus hat dem Antrag des Verfassungsausschusses zugestimmt.

Berichterstatter Dr. **Pernter:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Ich bitte jene Frauen und Herren, die diesem Antrage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte nun jene Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Hohe Haus hat den Gesetzentwurf auch in dritter Lesung beschlossen.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (7 d. B.): Bundesgesetz, womit das Gesetz vom 10. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 60, über den Erwerb und Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschaftsgesetz) abgeändert wird (1. Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle) (16 d. B.).

Ich ersuche den Herrn Abg. Dr. Häuslmayer, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Dr. **Häuslmayer:** Hohes Haus! Nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen wurde die österreichische Staatsbürgerschaft unter anderm durch freiwilligen Eintritt in den Militärdienst eines fremden Staates verloren, eine Bestimmung, die auch das Staatsbürgerschaftsgesetz vom 10. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 60, vorsieht.

Da die Alliierte Kommission die Anwendbarkeit des zitierten Gesetzes im ganzen Bundesgebiet von der Bedingung abhängig macht, daß der Verlust der Staatsbürgerschaft nicht gegen Personen ausgesprochen werden darf, die in den Armeen der Vereinten Nationen gedient haben, wird dieser Forderung in der vorliegenden Novelle entsprochen. Es ist klar, daß diese Novelle mit rückwirkender Kraft ausgestattet sein muß. Es wird daher die Annahme der Regierungsvorlage empfohlen.

Der Verfassungsausschuß stellt den Antrag:

Der Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf (7 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Hohe Haus hat den Gesetzentwurf in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Dr. **Häuslmayer:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Der Antrag ist angenommen. Ich bitte demnach jene Frauen und Herren, die diesem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz ist auch in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Herr Abg. Dr. Häuslmayer berichtet nun über den 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (8 d. B.): Bundesgesetz, womit das Gesetz vom 10. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 59, über die Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz) ab-

geändert wird (1. Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz-Novelle) (17 d. B.).

Berichterstatter Dr. **Häuslmayer:** Es handelt sich um eine Änderung formal-rechtlicher Natur bezüglich der österreichischen Staatsbürgerschaft und ihres Verlustes durch den Eintritt in eine Armee der Vereinten Nationen. Hier handelt es sich um eine Formulierung, die jeden Zweifel beseitigen soll. Die Vorlage wurde im Verfassungsausschuß angenommen, und ich stelle den Antrag:

Der Nationalrat wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf (8 d. B.) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Es ist niemand zum Wort gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Frauen und Herren, die den vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Ist einstimmig angenommen.

Berichterstatter Dr. **Häuslmayer:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird Einwendung erhoben? (Niemand meldet sich.) Ich bitte sonach die Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Hohe Haus hat den Gesetzentwurf in dritter Lesung einhellig beschlossen.

Wir kommen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (9 d. B.): Bundesgesetz, womit das Gesetz vom 10. Juli 1945, St. G. Bl. Nr. 59, über die Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz) in der Fassung des Bundesgesetzes vom 00. Jänner 1946, B. G. Bl. Nr. 00, abgeändert wird (2. Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz-Novelle) (18 d. B.).

Ich erteile Herrn Abg. Dr. Häuslmayer als Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter Dr. **Häuslmayer:** Der bisherige Rechtszustand über die Staatsbürgerschaft ist unklar. Dem soll durch eine zweite Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz-Novelle abgeholfen werden.

Abgesehen von den formal-rechtlichen Bestimmungen wäre in materiell-rechtlicher Hinsicht folgendes zu bemerken:

1. Voraussetzung der Staatsbürgerschaftserklärung nach § 2 des Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetzes ist bekanntlich der Wohnsitz seit 1. Jänner 1915. Aus politischen Gründen haben in der Zeit der Annexion Österreichs durch Hitler viele Personen den Wohnsitz aufgegeben.

Es sieht daher die Novelle vor, daß ein Aufgeben des Wohnsitzes nach dem 13. März 1938 nicht als Unterbrechung anzusehen ist.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage hinsichtlich dieser Bestimmung auch auf jene Personen ausgedehnt, die zwischen dem 5. März 1933 und dem 13. März 1938 den Wohnsitz aufgeben mußten, weil sie wegen ihres Eintretens für die demokratische Republik Österreich politischen Verfolgungen ausgesetzt waren oder solche zu befürchten hatten.

2. Regelung des Problems der in der Annexionszeit von Österreicherinnen geschlossenen Ehen mit Reichsdeutschen: Gesetzlich wird nunmehr festgelegt, daß politisch unbelastete Frauen, die am 13. März 1938 die österreichische Staatsbürgerschaft besessen haben — wobei es gleichgültig ist, ob sie durch die seinerzeitige Verehelichung Ausländerinnen oder staatenlos geworden sind —, die österreichische Staatsbürgerschaft durch eine Erklärung unter gewissen Bedingungen erwerben können. Die nicht eigenberechtigten Kinder erhalten durch die Erklärung der Mutter, beziehungsweise des Gerichtes ebenfalls die österreichische Staatsbürgerschaft.

Die Annahme der Vorlage unter Bedachtnahme auf die im Verfassungsausschuß beschlossene Ergänzung wird empfohlen.

Namens des Verfassungsausschusses stelle ich den Antrag:

Der Nationalrat wolle dem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Zum Worte ist niemand gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Der Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Dr. **Häuslmayer:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird ein Einwand dagegen erhoben? (Niemand meldet sich.) Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung

geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Damit ist auch dieser Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung über die Vorlage der Bundesregierung (10 d. B.): Bundesgesetz, womit das Gesetz über die Repatriierung öffentlichen Vermögens (Repatriierungsgesetz) vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 11, aufgehoben wird (19 d. B.).

Berichterstatter ist der Herr Abg. Ing. Kottulinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Ing. **Kottulinsky:** Hohes Haus! Der Ausschuß für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung hat die Regierungsvorlage, 10 der Beilagen, in seiner Sitzung vom 16. Jänner 1946 in Verhandlung genommen. Die Aufhebung des Repatriierungsgesetzes vom 10. Mai 1945, die durch die vorliegende Regierungsvorlage ausgesprochen werden soll, entspricht dem Auftrage des Alliierten Rates.

Dementsprechend hat der Ausschuß beschlossen, dem Hohen Hause den Antrag zu stellen:

> Der Nationalrat wolle dem Entwurf eines Bundesgesetzes (10 d. B.), womit das Gesetz über die Repatriierung öffentlichen Vermögens (Repatriierungsgesetz) vom 10. Mai 1945, St. G. Bl. Nr. 11, aufgehoben wird, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Zum Worte ist niemand gemeldet. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich ersuche jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Ing. **Kottulinsky:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Da keine Einwendung erhoben wird, bitte ich jene Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Der Gesetzentwurf ist auch in dritter Lesung angenommen.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung: Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (12 d. B.): Bundesgesetz, betreffend die Aufhebung der Vorschriften über die Rechtsverhältnisse demobilisierter Angehöriger der ehemaligen deutschen Wehrmacht (20 d. B.).

Berichterstatter ist der Herr Abg. Winterer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter **Winterer:** Hohes Haus! Ich berichte über die Regierungsvorlage, betreffend die Aufhebung der Vorschriften über die Rechtsverhältnisse demobilisierter Angehöriger der ehemaligen deutschen Wehrmacht (12 d. B.). Dieses Gesetz ist die Durchführung eines bindenden Auftrages des Hohen Alliierten Rates an die österreichischen Behörden. Mit der Regierungsvorlage wird lediglich die besondere dienstrechtliche Behandlung von Militärpersonen aufgehoben. Gleichzeitig wird aber die Behandlung aller rechtlichen Fragen der ehemaligen österreichischen Berufsmilitärpersonen geregelt, indem hiefür die allgemein für öffentliche Bedienstete geltenden Vorschriften des Gesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 134, zur Wiederherstellung österreichischen Beamtentums — das sogenannte Beamtenüberleitungsgesetz — festgesetzt werden. Um dieses Gesetz auch für die Berufsmilitärpersonen geltend zu machen, sieht die Regierungsvorlage die Aufhebung des § 13 dieses Gesetzes vor, der bisher die Wehrmachtsangehörigen des Dienst- und Ruhestandes von der Geltung dieses Gesetzes ausschloß.

Die Aufhebung des Berufsmilitärpersonengesetzes macht auch die Aufhebung des X. Abschnittes der 3. Durchführungsverordnung, St. G. Bl. Nr. 131 vom Jahre 1945, zum Verbotsgesetz und zur Verbotsgesetznovelle notwendig, da auch diese Bestimmungen eine Sonderbehandlung von Wehrmachtsangehörigen und Empfängern von Versorgungsgenüssen nach solchen Personen vorsehen.

Der Verfassungsausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf angenommen und stellt den Antrag, der Nationalrat wolle dem Gesetzentwurf (12 d. B.) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Zum Worte gemeldet ist der Herr Abg. Honner.

Abg. **Honner:** Hohes Haus! Der von der Regierung dem Nationalrat vorgeschlagene Gesetzentwurf über die Aufhebung der Vorschriften über die Rechtsverhältnisse demobilisierter Angehöriger der ehemaligen deutschen Wehrmacht findet die vollste Zustimmung meiner Parteikollegen in diesem Hause. Die deutsche Wehrmacht ist von den alliierten Truppen zerschlagen worden und sie wird, das besagen alle Beschlüsse der Alli-

ierten, in keiner wie immer gearteten Weise wiedererstehen. Für uns Österreicher liegt demnach kein besonderer Grund für eine besondere Behandlung und für die Schaffung besonderer Rechtsverhältnisse für eine Armee vor, die nicht mehr existiert und nie mehr sein wird. Wir haben dazu um so weniger Grund, als wir durch diese selbe deutsche Armee nicht wenig und schmerzlich schwer selbst gelitten haben. Als bei der Bildung der Provisorischen Regierung bei der Staatskanzlei die Schaffung eines Amtes für Heereswesen beschlossen wurde, ging man allgemein davon aus, daß sich dieses Amt hauptsächlich mit Fragen der Demobilisierung, d. h. der Rückführung ehemaliger deutscher Wehrmachtsangehöriger in ihre zivilen Berufe, mit Fragen der Rückführung österreichischer Kriegsgefangener in die Heimat und mit Fragen der Erfassung ehemaligen deutschen Heeresgutes und von Einrichtungen und ihrer Überleitung in unsere Friedenswirtschaft befassen soll. Aber gerade den diesem Amte zugedachten Aufgaben scheint nach den bisherigen Feststellungen und Erfahrungen die geringste Aufmerksamkeit zugedacht worden zu sein.

An Stelle dieser ins Auge gefaßten Aufgaben und der Agenden dieses Amtes wurde dort eine Initiative und Aktivität entfaltet, die auf einem ganz anderen Gebiet gelegen ist. Da eine gesetzliche Bestimmung nicht bestand, in irgendeiner Form eine österreichische Heeresformation wieder ins Leben zu rufen, wurde dies gewissermaßen auf illegale Weise versucht. Die Machenschaften dieser Herren führten letzten Endes zum Einschreiten des Alliierten Rates und zur Auflösung des Amtes für Heereswesen. Das Resultat ist, daß das Mißtrauen der alliierten Besatzungsmächte gegen uns noch größer geworden ist und daß nunmehr jeder unserer Schritte mit noch größerem Argwohn als früher beobachtet werden wird. Das Amt für Heereswesen sollte ein bescheidenes Amt beim Staatskanzleramt sein. Es war gedacht, daß sich dort einige Dutzend, vielleicht auch hundert oder etwas mehr Angestellte mit den Agenden befassen sollen, die ich vorhin angeführt habe: mit den Fragen der Demobilisierung, der Rückführung unserer Kriegsgefangenen, der Überleitung der Heeresgüter und ihrer Nutzbarmachung für unsere Friedenswirtschaft. Diese Agenden hätten ohne weiteres von einigen Dutzend oder von hundert Beamten und Angestellten bewältigt werden können.

Was ist aber wirklich geschehen? Zunächst wurden alle dem ehemaligen österreichischen Bundesheer gehörigen und später von der deutschen Wehrmacht noch errichteten besonderen Wehrmachtskomplexe in dieses Amt übergeführt oder von ihm in Benützung genommen. Dazu gehören z. B. das Militärkasino am Schwarzenbergplatz, der große Gebäudekomplex in der Hohenstaufengasse, ein vier Stockwerke umfassendes Gebäude in der Gumpendorfer Straße 1, weiters das Gebäude der ehemaligen deutschen Botschaft im 3. Bezirk, das von der deutschen Wehrmacht ebenfalls zu einer Heeresstelle umgewandelt wurde. Vier große Gebäudekomplexe — das sind aber nur die mir bekannten; zweifellos gibt es darüber hinaus noch mehr, denn das Amt befand sich in einem stetigen Aufschwung. In allen diesen Komplexen befanden sich Dienststellen der deutschen Wehrmacht. Es ist ganz klar, daß es Leute gegeben hat, die sich gern in diese Büros und Dienststellen hineingesetzt hätten und auch hineingesetzt haben.

Das alles geschah zu einer Zeit, in der verschiedene Ministerien und auch die Wiener Polizei an empfindlichen, den Dienstbetrieb sehr störenden Raumschwierigkeiten zu leiden hatten. Wenn einmal die Büroräume da sind, dann ergibt es sich von selbst, daß hier Expansionsbestrebungen und dem Wunsche, in diesen Büros unterzukommen, Vorschub geleistet wurde. Aus kleinen Anfängen brachte es das Amt für Heereswesen mit der Zeit bis September bereits auf einen Stand von 1600 Angestellten und Gehaltsbeziehern, mehr als in manchen wichtigen Ministerien vorhanden sind. Zur Zeit seiner Auflösung durch den Alliierten Rat waren es bereits über 2000. Wir sehen nicht ein, daß hier auf Kosten des Staates Einrichtungen geschaffen wurden, die beträchtliche Summen verschlingen, zu einer Zeit, wo überall gespart werden mußte. Wir können vor allem nicht einsehen, daß mit staatlichen Mitteln Leute befürsorgt werden, die nach 1938 freiwillig in die Reihen der deutschen Eroberarmee übergegangen sind und Österreich den Treueid gebrochen haben, den sie ihm geschworen hatten. Für ihren damaligen Treubruch werden sie nunmehr, wie zum Dank, vom neuen Österreich mit mehr oder weniger gut bezahlten Posten entlohnt. Welch ein Hohn für das neue Österreich und für alle die Leute, die für die Freiheit und Wiederauferstehung Österreichs gekämpft haben!

Die Personalausgaben des Amtes für Heereswesen betrugen im Oktober rund 900.000 RM und stiegen bis zum Dezember auf 1,100.000 RM. Für Jänner war ein Personalerfordernis von 1,300.000 S vorgesehen. Das ist mehr als ein Drittel des Erfordernisses der Wiener Polizei, die immerhin 10.000 Beamte und Angestellte aufzuweisen hat. Dieses Mißverhältnis erklärt sich haupt-

sächlich daraus, daß bei der Wiener Polizei die Gehälter des Großteiles der Polizeibeamten, die wöchentlich 70 und 80 Stunden Dienst machen müssen, bis jetzt noch immer nur 150 S und etwas darüber im Monat betragen, während es im Amt für Heereswesen von höheren Stabsoffizieren mit Gehältern von 600 bis 900 S nur so wimmelte.

Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft beschweren sich nicht mit Unrecht, daß sie bei den staatlichen Behörden wenig Verständnis für ihre Lage finden, daß man für sie nichts oder nur sehr wenig übrig hat; bestenfalls eine warme Wassersuppe an der letzten Sammelstelle, bevor sie in ihre Heimatorte abgehen. Dabei besteht die große Masse dieser Heimkehrer keineswegs aus Leuten, die freiwillig in die deutsche Erobererarmee übergegangen sind und die trotzdem wenig Verständnis und wenig Hilfsbereitschaft finden. Es sind zu einem Großteil Leute mit antifaschistischer Gesinnung, die oft mit Hilfe österreichischer Offiziere in der deutschen Wehrmacht auf die Schlachtbank getrieben worden sind. Hat jemand die Bedauernswerten gefragt, ob sie eine Abfertigung oder eine Anstellung in einem Amt oder bei einer Behörde des Staates nötig hätten? Hätten die drei demokratischen Parteien nicht von sich aus die Befürsorgung der Heimkehrer übernommen, es wäre ihnen wahrscheinlich sehr schlimm ergangen und würde ihnen weiterhin sehr schlimm ergehen.

Würden sich nicht die drei Parteien selbst der Angehörigen der Heimkehrer und jener, die gefallen sind, angenommen haben, dann wäre ihre Lage in der Tat eine sehr trostlose. Ich stelle an das Hohe Haus die Frage: Ist es nicht geradezu aufreizend, daß Offiziere und Unteroffiziere, die 1938 ohne Zwang in die Armee der Eroberer, unserer Unterdrücker, übergegangen sind, von Staats wegen versorgt werden, während unsere Heimkehrer und ihre Familien nichts oder fast nichts erhalten? Ist es nicht aufreizend, daß man auf der einen Seite an der Rentenausschüttung für Kriegswaisen spart, wo es nur möglich ist, während auf der anderen Seite fette Gehälter an Treubrüchige und Volksverräter ausbezahlt werden? Dieser Zustand verlangt schleunigste Abhilfe seitens der Regierung.

Ich komme nun zu der Frage: Womit beschäftigte sich das Amt für Heereswesen vorwiegend? Zunächst mit der Registrierung sämtlicher bis 60 Jahre alten Offiziere und Unteroffiziere, wobei es nichts ausmachte, ob die Betreffenden in der alten österreichisch-ungarischen Armee, im ehemaligen österreichischen Bundesheer oder in der deutschen Erobererarmee gedient haben. In Wien allein wurden bis zur Auflösung dieses Amtes rund 30.000 dieser Offiziere und Unteroffiziere registriert. Rund 1300 Unteroffiziere wurden zu besonderen Schulungskursen einberufen, 750 wurden in einem sogenannten Wachbataillon zusammengefaßt. Was waren das für Schulungskurse? Man hat mir gesagt, daß einer der vortragenden Herren in einem solchen Kurs erklärt hat, daß eine der wichtigsten Aufgaben die Rüstung und Vorbereitung zum Kampf gegen die Kommunisten sei. Kommunisten sagt man und die Arbeiter insgesamt meint man. Es war so nach dem ersten Weltkrieg, und auf dieselbe Art wird es nunmehr nach dem zweiten Weltkrieg neuerdings versucht.

Die zweite Art der Tätigkeit des Amtes für Heereswesen bestand darin, die Ansprüche zu sammeln und zu registrieren, die irgendwelche Firmen an die deutsche Wehrmacht — hört!: an die deutsche Wehrmacht! — zu stellen hatten.

Diese Ansprüche wurden fein säuberlich geordnet und registriert, nach Ansprüchen an das Heer, die Marine, die Luftwaffe und die Waffen-SS. Ansprüche von rund 124 Millionen RM oder S wurden bereits von den entsprechenden Abteilungen des Amtes für Heereswesen überprüft und als berechtigt anerkannt. Ansprüche in der Höhe von weiteren 250 Millionen RM oder S befanden sich zum Zeitpunkt der Auflösung des Amtes für Heereswesen im Stadium der Überprüfung und Feststellung. Hier ist wohl die Frage berechtigt: Was geht es ein österreichisches Staatsamt an, wer welche Ansprüche an die deutsche Wehrmacht zu stellen hat? Sollen die betreffenden Firmen — es handelt sich ja zumeist um große Kriegslieferanten und Verdiener — selber schauen, wie sie ihre Ansprüche an die deutsche Wehrmacht hereinbringen können.

Schließlich bestand die Tätigkeit des Heeresamtes noch darin, sogenanntes Heeresgut sicherzustellen. Zumeist beschäftigte sich eine große Anzahl von Herren des Heeresamtes — meist höhere Offiziere — damit, Autos und Pferden und dergleichen der deutschen Wehrmacht nachzujagen und nachzuspüren, die schon in der österreichischen Friedenswirtschaft in Verwendung gestanden sind, und diese Wehrmachtsgüter — Autos, Pferde und dergleichen — für das Heeresamt sicherzustellen. Die Benützer solchen Heeresgutes konnten oft erst nach langwierigen Verhandlungen mit den Abgesandten des Amtes für Heereswesen erwirken, daß diese Gegenstände weiter in ihrer Benützung bleiben können. Ohne Schikanen ist es dabei in den seltensten Fällen abgegangen.

Abschließend sei mir noch eine Frage erlaubt: Brauchen wir in Österreich ein stehendes Heer? Ich bin der Meinung, wir brauchen in Österreich kein stehendes Heer. Wenn man schon überflüssige Gelder hat, soll man lieber einen Teil der zur Erhaltung eines Heeres notwendigen Gelder zur besseren Ausrüstung und Besoldung der Organe der Gendarmerie und der Polizei benützen. Für eine entsprechende Sicherung unserer Grenzen genügt die Zollwache, verstärkt durch einige Spezialeinheiten der Polizei oder Gendarmerie. Das Interesse Österreichs verlangt kategorisch die sofortige Auflösung aller Kaders und Organisationen von ehemaligen Berufsoffizieren und Berufsunteroffizieren der deutschen Wehrmacht, den sofortigen Abbau des aus diesen Leuten beim ehemaligen Amt für Heereswesen entstandenen Apparates. Wenn die Heimkehrer keinerlei Abfertigungen erhalten und keine Rechtsansprüche an den Staat stellen können, dann sehen wir nicht ein, warum ausgerechnet Leute, die freiwillig mit fliegenden Fahnen in die Reihen des deutschen Erobererheeres übergegangen sind, nun in Österreich eine bevorzugte Ausnahmsstellung genießen sollen. Es muß verlangt werden, daß auf diesem Gebiet Ordnung gemacht werde, und es wird Sache der Regierung sein, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen.

(Abg. Dr. K o r e f: Sie müssen aber während Ihrer Mitgliedschaft in der Provisorischen Regierung einen langen Winterschlaf getan haben!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte keine Zwischenrufe zu machen.

Abg. **Honner:** Wir werden auch noch über verschiedene andere Dinge reden; es ist nur sonderbar, daß Sie sich zum Verteidiger dieser Herrschaften aufspielen, wie hier Ihr Zwischenruf zu beweisen scheint. (Zwischenrufe.)

Präsident (neuerlich das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe.

Abg. **Honner:** Wir sind der Auffassung, daß dieser Apparat abgebaut werden muß, daß weiterhin aus verschiedenen ähnlichen Ämtern auch jene Offiziere einer Überprüfung unterzogen werden sollen, deren Verhalten in der ganzen Vergangenheit und Gegenwart hinsichtlich ihrer demokratischen Gesinnung nicht genügend Vertrauen einflößt. Wir stehen nicht an, auch diesbezüglich zu erklären, daß wir der Auffassung sind, daß verschiedene Herren, die gegenwärtig in einem anderen Amt tätig sind, einer genauen Überprüfung unterzogen werden müssen. Wir sind der Auffassung, daß jene von den Deutschen gemaßregelten österreichischen Offiziere und Unteroffiziere, die das moralische Recht besitzen, Ansprüche zu stellen, auch einer Überprüfung bedürfen und daß auch sie keinesfalls in irgendeine m i l i t ä r i s c h e Organisation eingegliedert werden dürfen. Alle Organisationen militärischen und halbmilitärischen Charakters sollen meiner Meinung nach liquidiert und die brauchbaren Elemente in die Friedenswirtschaft, in zivile Ämter und Behörden, überführt werden. (Bravo!)

Meiner Auffassung nach kann auch keine Rede von der Verwirklichung des Planes sein, nunmehr einen großen Teil dieser unnötig gewordenen Berufsoffiziere und länger dienenden Unteroffiziere der Deutschen Wehrmacht in die Dienste der Polizei oder der Gendarmerie zu überführen. Das fehlte uns gerade noch, daß wir die Verantwortung für unsere Sicherheit gerade diesen Elementen übertragen sollten!

Es gibt im Lande Tausende, ja Zehntausende bester und bewährtester antifaschistischer Kämpfer und wirklicher Demokraten, die gegenüber allen diesen Elementen in erster Linie dort berücksichtigt werden müßten, wo der Staat, Ämter und Behörden des Staates Posten zu vergeben haben. Die durch die Liquidierung des Amtes für Heerwesen und den Abbau des Personals ersparten Mittel sollen besser und lieber der Fürsorge für die Heimkehrer und der Befürsorgung der Kriegswaisen zugewiesen werden.

Meiner Auffassung nach wäre es wünschenswert, daß die Regierung dem Parlament zur gegebenen Zeit berichtet, wie diese Angelegenheit erledigt worden ist.

Präsident: Wünscht niemand mehr das Wort? (Niemand meldet sich.) Die D e b a t t e ist g e s c h l o s s e n. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das S c h l u ß w o r t.

Berichterstatter **Winterer:** Hohes Haus! Da ich acht Monate hindurch die Aufgabe hatte, das Amt für Heerwesen zu führen, bin ich heute als Berichterstatter des Verfassungsausschusses in der Lage, einige Dinge richtigzustellen, die hier vorgebracht wurden.

Das Heeresamt wurde zunächst von allen Alliierten Mächten ebenso bewilligt und zugelassen wie die übrigen Ministerien. Die russische Macht hat seinerzeit die Notwendigkeit einer Liquidierung und die Zusammenfassung aller der großen und zahlreichen Aufgaben anerkannt, die nach einem Kriege leider anfallen. Es war lediglich die Frage, ob ein eigenes Ministerium oder ein anderes Staatsamt diese Aufgaben zu übernehmen hätte. Die Alliierten Mächte haben erst später, als alle vier Mächte hier waren, ausgesprochen, daß unser Heeresamt diese Agen-

den nicht weiter führen sollte, sondern daß sie auf andere Ministerien aufzuteilen wären. Dieses Heeresamt hatte also wirklich Aufgaben zu erfüllen, und diesen Aufgaben wird jetzt von anderen Ministerien entsprochen. Alle Maßnahmen, von der Bildung der Provisorischen Regierung bis zum Schluß, bis zum Auflösungsbefehl der Alliierten, wurden in der Regierung durch Kabinettsvorträge wie auch durch meine Teilnahme an allen Sitzungen bekannt. An dieser Tätigkeit konnte also auch Kritik geübt werden. Alle drei Parteien, inklusive der Kommunisten, waren in der Provisorischen Regierung und sie alle haben damals die Beschlüsse, sowohl die Schaffung des Ministeriums als auch alle übrigen Maßnahmen, beispielsweise auch die dieses Gesetzes, gebilligt und gutgeheißen. (Lebhafte Rufe bei den Sozialisten: Hört! Hört! — Abg. Fischer: Die Gesetze wohl, aber nicht die Durchführung!)

Präsident gibt das Glockenzeichen.

Berichterstatter **Winterer:** Um nur einige Zahlen richtigzustellen — wie ich sie eben gerade aus dem Ärmel schütteln kann, weil ich auf eine so groß angelegte Rede mit so vielen Zahlen nicht vorbereitet war — sage ich, daß ich aus meinem Gedächtnis heraus bestimmt weiß, daß das Heeresamt niemals 1600 oder gar 2000 Angestellte gehabt hat. Im ganzen werden es 150 Angestellte gewesen sein. (Rufe bei den Parteigenossen: Hört! Hört!) Wie der Herr Vorredner auf die beträchtlichen Summen der Aufwendungen gekommen ist — hier wurde von 900.000 bis 1,000.000 Schilling pro Monat gesprochen — das weiß ich nicht. Offenbar sind darin alle Pensionen und alle Zuwendungen an die Frauen der Kriegsgefangenen, an die sonstigen Angehörigen, die Unterstützungen bekommen haben, und so weiter, kurz alles inbegriffen, was nur irgendwie mit den Soldaten zusammenhängt. Jedenfalls müssen aber solche Zuwendungen des Heeresamtes zur Befürsorgung der Offiziere, der Berufsunteroffiziere und so weiter weiterhin aufrecht bleiben, auch wenn man die Agenden selber stillegen wollte, denn die Befürsorgung der Offiziere und Berufsunteroffiziere muß weitergehen. Auch die Offiziere haben ja wie die Staatsbeamten eine dienstrechtliche Stellung gegenüber dem Staat. Wenn man es ablehnen würde, daß man ihnen weiterhin Pensionen ausbezahlt und daß man denen, die noch kriegsgefangene Angehörige haben, Fürsorge angedeihen läßt, daß man die Hinterbliebenen irgendwie unterstützt, dann würde man damit die allgemeine Frage aufwerfen, ob man in diesem Staat überhaupt Pensionen zahlen soll.

Die Berufsoffiziere nehmen also keine besondere Stellung ein, sondern sie haben lediglich die dienstrechtliche Stellung von Beamten, was ja auch mit dem Gesetz, das an die Stelle des Berufsmilitärpersonengesetzes tritt, zum Ausdruck gebracht wird. Eine Erfassung der Offiziere und die Führung der übrigen Agenden, die damit zusammenhängen, ist also selbstverständlich. Es ist absolut sicher, daß man diese Dinge nicht in einem Amt verwalten kann, wenn man nicht auch weiß, mit wem und mit wieviel Leuten man zu rechnen hat. Die Registrierung der ehemaligen österreichischen Berufsoffiziere und -unteroffiziere war schon aus dem Grunde notwendig, weil diese ja gerade nach dem Verlangen der Partei meines Herrn Vorredners besonders registriert und besonders durchleuchtet werden sollten, ja unter Umständen auf Grund der Tätigkeit von Sonderkommissionen ihrer Pensionen und sonstigen Rechte verlustig gehen sollten. Es handelt sich aber durchaus nicht um 30.000 Offiziere, sondern, soviel ich im Gedächtnis habe, um insgesamt etwa 500 bis 600 Offiziere. (Zwischenrufe.)

Schulungskurse oder ähnliches zur Unterweisung von Offizieren oder Berufsunteroffizieren, aus welchem Grund und zu welchem Zweck immer, haben niemals stattgefunden, denn in der ersten Zeit waren alle diese Offiziere und Unteroffiziere freiwillig tätig und sie haben überhaupt keine Entlohnung bekommen. Erst später bekamen sie dasselbe, was auch die Staatsbeamten erhielten, also einen Bruchteil ihrer Pension, im weiteren Verlauf 80 % der Beträge und so weiter, und da war es vielleicht dort oder da in einer Abteilung, die mit der Auszahlung solcher Versorgungsbezüge befaßt war, auch notwendig, daß der Abteilungsleiter in dieser Sache eine Schulung vornahm, aber eine militärische Schulung oder irgendwelche Kurse fanden niemals statt.

Ein Wachbataillon — diesen Namen hörte ich heute hier und ich hörte ihn auch sonst schon öfter — gab es nicht und gibt es auch jetzt nicht. Es gab lediglich in Zivil angezogene ehemalige Soldaten, die unsere Gebäude bewachten und so eine Art Nachtwächter und Tagwächter, also Portiere, waren. (Heiterkeit bei den Parteigenossen.) Alle aber waffenlos und uniformlos!

Die Sicherstellung von Heeresgut war selbstverständlich nötig, denn es handelte sich ja um Volksgut, um Volkswerte. Es wurde ohnehin schon mehr als genug verschleppt und vernichtet, und zwar leider Gottes von Elementen aus den eigenen Volkskreisen.

Die Ansprüche der Firmen, die in die hunderte Millionen gehen, sind nicht nur Ansprüche großer Kriegsgewinner, sondern leider Gottes auch solche sehr viele kleiner Gewerbetreibender, die jetzt die Sachen liegen haben, die ihr Geld für Rohstoffe und Halbfabrikate ausgegeben haben und nun irgendeine Entschädigung wollten. Da sie hörten, es gebe ein Heeresamt, und uns ständig in den Zimmern herumstanden, mußte man notwendigerweise diese Dinge aufnehmen, denn früher oder später wird sich der Staat ja doch mit ihnen auseinanderzusetzen haben. Ausbezahlt oder rückbezahlt wurde für solche Lieferungen bisher kein Groschen!

Schließlich will ich als Berichterstatter noch der Auffassung begegnen, daß es sich bei der Behandlung der Offiziere wie bei der Behandlung der Beamten nicht um dienstrechtliche Ansprüche handelt. Es ist auch nicht richtig, daß man einem Berufsoffizier und einem Berufsunteroffizier einen Vorwurf daraus machen kann, er habe seine Einberufung nicht zurückgewiesen und sei nicht fahnenflüchtig geworden; denn hätte ein österreichischer Berufsoffizier, der in die Hitlerarmee einberufen und eingestellt wurde, den Dienst verweigert, dann wäre dies selbstverständlich sofort mit der Todesstrafe geahndet worden.

Die Beamten sind ja zumeist genau so im Dienst verblieben, auch sie haben ihren Dienst weiter versehen, und man hat noch nie gehört, daß sie deshalb zur Verantwortung gezogen werden sollten oder daß sie fahnenflüchtig geworden seien. Wesentlich dabei ist allerdings, daß man untersucht, was die Betreffenden in dieser Zeit getan haben, ob sie also auch würdig sind, daß sie der Staat, der Nachfolgestaat, die zweite Republik Österreich, nun mit Pensionen bedenken soll. Das ist ja auch mit dem vorliegenden Gesetz vorgesehen, das die Unterlagen zur Bemessung der Pensionen und überhaupt zur Beurteilung des Umstandes abgeben soll, ob den Betreffenden eine Pension zustehen soll oder nicht. Das vorliegende Gesetz, das die Berufsoffiziere und -unteroffiziere in der dienstrechtlichen Behandlung dem Beamtenüberleitungsgesetz unterstellt, ist also eine Rechtsmaßnahme, die unumgänglich notwendig ist.

Ich bitte daher im Namen des Verfassungsausschusses, dem vorliegenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich ersuche jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Das Hohe Haus hat dieses Gesetz einstimmig zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter **Winterer:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich bitte also jene Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Der Gesetzentwurf ist auch in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Wir kommen zum 7. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (14 d. B.), betreffend die Anwendung der seit der Befreiung Österreichs erlassenen Verfassungsgesetze, sonstigen Gesetze, Kundmachungen und Verordnungen im gesamten Bundesgebiet (Rechtsanwendungsgesetz) (21 d. B.).

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abg. Dr. Pernter, das Wort:

Berichterstatter Dr. **Pernter:** Hohes Haus! Der Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 16. Jänner 1946 die Regierungsvorlage in Verhandlung genommen. Die Provisorische österreichische Staatsregierung war im Zeitpunkt der Befreiung nicht in der Lage, ihren tatsächlichen Wirkungsbereich auf das ganze Bundesgebiet zu erstrecken; die Provisorische Staatsregierung wurde aber durch ein Memorandum des Alliierten Rates vom 20. Oktober 1945 ermächtigt, Gesetze für ganz Österreich zu erlassen, vorausgesetzt, daß diese zuerst dem Alliierten Rate zur Überprüfung vorgelegt werden.

Die Länderkonferenz hat in ihren Beratungen nach eingehender Prüfung der von der Provisorischen Staatsregierung erlassenen Gesetze der tatsächlichen Ausdehnung der Gesetze auf das ganze Bundesgebiet zugestimmt.

Dementsprechend hat der Verfassungsausschuß beschlossen, dem Hohen Hause den Antrag zu stellen,

der Nationalrat wolle dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf (14 d. B.) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Präsident: Da sich niemand zum Worte gemeldet hat, schreite ich zur Abstimmung.

Ich stelle zunächst fest, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder des Nationalrates anwesend sind.

Nunmehr ersuche ich die Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Berichterstatter Dr. **Pernter:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Es erhebt sich kein Einwand.

Ich ersuche somit jene Frauen und Herren, die dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.) Das Hohe Haus hat dem Gesetzentwurf auch in dritter Lesung mit Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die Abg. Kysela, Mark, Rauscher, Dr. Migsch und Genossen haben einen Antrag auf Abänderung des § 21 g der Gewerbeordnung eingebracht (1/A);

die Abg. Haunschmidt, Weidenholzer und Genossen einen Antrag, betreffend Weiterführung der vor 1938 begonnenen und nicht fertiggestellten Bundesstraßenbauten in Oberösterreich (2/A).

Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich diese Anträge dem Ausschuß für Handel und Wiederaufbau zuweisen. (Nach einer Pause:) Eine Einwendung wird nicht erhoben; es bleibt daher bei der Zuweisung.

Die Ausschüsse, die in der letzten Sitzung bestellt wurden, haben sich bereits konstituiert. Ich ersuche den Schriftführer, Frau Abg. Jochmann, das Ergebnis der Konstituierungen dem Hohen Hause bekanntzugeben.

Schriftführer Rosa **Jochmann** (liest):

„Hauptausschuß: Obmann: Kunschak, Obmannstellvertreter: Böhm und Dr. Gorbach, Schriftführer: Ing. Strobl und Dr. Pittermann.

Finanz- und Budgetausschuß: Obmann: Brachmann, Obmannstellvertreter: Ing. Raab und Floßmann, Schriftführer: Prinke und Gumplmayer.

Verfassungsausschuß: Obmann: Scharf, Obmannstellvertreter: Doktor Tschurtschenthaler, Schriftführer: Doktor Kolb und Dr. Migsch.

Ausschuß für Unterricht: Obmann: Dr. Pernter, Obmannstellvertreter: Dr. Zechner, Schriftführer: Pollak und Frisch.

Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft: Obmann: Ing. Schumy, Obmannstellvertreter: Schneeberger, Schriftführer: Ing. Babitsch und Dr. Neugebauer.

Ausschuß für soziale Verwaltung: Obmann: Böhm, Obmannstellvertreter: Altenburger, Schriftführer: Grubhofer und Hillegeist.

Ausschuß für Äußeres: Obmann: Ludwig, Obmannstellvertreter: Speiser, Schriftführer: Scharf und Handel.

Rechnungshofausschuß: Obmann: Dr. Koref, Obmannstellvertreter: Müllner, Schriftführer: Dr. Stemberger und Gschweidl.

Justizausschuß: Obmann: Doktor Scheff, Obmannstellvertreter: Dr. Häuslmayer, Schriftführer: Mark und Dr. Nemecz.

Ausschuß für Handel und Wiederaufbau: Obmann: Kapsreiter, Obmannstellvertreter: Kostroun, Schriftführer: Moik und Altenburger.

Ausschuß für Verkehrswesen: Obmann: Rauscher, Obmannstellvertreter: Geißlinger, Schriftführer: Steinegger und Voithofer.

Ausschuß für Energiewirtschaft: Obmann: Hackenberg, Obmannstellvertreter: Dr. Kolb, Schriftführer: Matt und Proksch.

Ausschuß für Ernährung: Obmann: Gierlinger, Obmannstellvertreter: Proft, Schriftführer: Gschweidl und Scheibenreif.

Ausschuß für Vermögenssicherung: Obmann: Mayrhofer, Obmannstellvertreter: Rauscher, Schriftführer: Probst und Hinterndorfer.

Geschäftsordnungsausschuß: Obmann: Dr. Pittermann, Obmannstellvertreter: Dr. Stemberger, Schriftführer: Rupp und Dr. Migsch.

Unvereinbarkeitsausschuß: Obmann: Rainer, Obmannstellvertreter: Mark, Schriftführer: Eibegger und Lakowitsch.

Immunitätsausschuß: Obmann: Dr. Maleta, Obmannstellvertreter: Doktor Pittermann, Schriftführer: Mark und Doktor Paunovic.

Zollausschuß: Obmann: Strommer, Obmannstellvertreter Widmayer, Schriftführer: Krones und Brandl."

Präsident: Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

Anfragen wurden überreicht: Von den Abg. Krisch, Proksch, Moik, Frühwirth, Hillegeist, Horn, Linder, Miksch, Dr. Pittermann, Schneeberger, Voithofer u. Gen. an den Bundeskanzler und den Bundesminister für Finanzen wegen Nachzahlung der Renten an die Unfall-, Invaliden- und Angestelltenrentner sowie der Bezüge an die öffentlich Angestellten und die Pensionisten (3/J.);

von den Abg. Linder u. Gen. an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die eheste Überprüfung aller Trafik- und Verlagsinhaber auf ihre politische Verläßlichkeit im Hinblick auf die demokratische Staatsform (4/J.).

Schluß der Sitzung: 11 Uhr 20 Minuten.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 610 46